

Streit um Entsendung von UNO-Friedenstruppe

Wieder zwei Palästinenser getötet – Gewalt im Nahen Osten geht weiter

JERUSALEM: Wenige Tage vor Friedensgesprächen in den USA streiten sich Israel und die Palästinenser über die Stationierung einer UNO-Friedenstruppe in den besetzten Gebieten. Dort kamen am Montag erneut zwei Palästinenser ums Leben.

Israels Ministerpräsident Ehud Barak lehnte einen Wunsch von Palästinenser-Präsident Jassir Arafat zur Stationierung einer Friedenstruppe ab. Eine solche Massnahme würde die Situation nicht verbessern, sondern eher noch verschlechtern, sagte Barak.

Der israelische Aussenminister Schlomo Ben-Ami wies Berichte zurück, nach denen die USA bei der israelischen Regierung wegen der Stationierung von Blauhelm-Soldaten vorsondieren habe. US-Aussenministerin Madeleine Albright und der UNO-Botschafter der USA, Richard Holbrooke, hätten ihm zugesichert, gemeinsam mit Israel eine solche Forderung zu blockieren.

Russlands Aussenminister Igor Iwanow habe ihm zugesichert, eine solche Forderung zunächst nicht weiter zu verfolgen. Ben-Ami hat zudem nach eigenen Angaben Kontakt zu Frankreich und anderen Sicherheitsratsmitgliedern aufgenommen.

Arafat will 2000 Mann

Arafat hatte am Sonntag im US-Fernseher CBS gefor-



Maskierte Palästinenser halten ein Bild ihres Führers Jassir Arafat in die Höhe. Die Auseinandersetzungen zwischen Israeli und Palästinensern geht trotz Friedensvereinbarung weiter. (Bild: Keystone)

dert, zum Schutz der Palästinenser schnell eine 2000 Mann starke internationale Truppe zu entsenden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) will am Mittwoch über die Lage im Nahen Osten beraten.

Über die Entsendung von Truppen solle auch am Donnerstag beraten werden, wenn Arafat mit US-Präsident Bill Clinton in Washington zusammenkommt, sagte Arafats Berater Nabil Abu Rdainah. Zuvor wird Arafat nach Angaben aus ägyptischen Regierungskreisen am Mittwoch in Kairo mit Präsident Husni Mubarak über die

Lage beraten. Am Sonntag wird dann Barak zu separaten Gesprächen in Washington erwartet. Ziel der Beratungen sei es, einen Weg zurück zum Verhandlungstisch zu finden, sagte ein Sprecher des Präsidialamtes.

Wieder zwei Opfer

Nach Angaben aus einem Spital wurde in der Nähe der jüdischen Siedlung Kfar Darom im Gazastreifen ein 17-Jähriger von israelischen Soldaten erschossen. In Tulkarem im Westjordanland erschossen Soldaten einen 15-jährigen Palästi-

nenser. In der Nacht hatte es nach Armeeangaben vier Feuergefechte mit Palästinensern und zwei Explosionen in der Nähe von Militärposten gegeben.

Bei den blutigen Unruhen in den Palästinensergebieten wurden seit Ende September 156 Palästinenser getötet und mehr als 7000 zum Teil schwer verletzt. Diese Zahlen veröffentlichte am Montag der palästinensische «Rote Halbmond».

Wie die Organisation mitteilte, erlitten mehr als 3000 Demonstranten Verletzungen durch Gummi-ummantelte

Stahlgeschosse. Etwa 1200 wurden von scharfer Munition getroffen. Mehr als 2000 überwiegend jugendliche Palästinenser erlitten Verätzungen der Augen und Atemwege durch Tränengas.

Aus der Statistik geht unter anderem hervor, dass die Zahl der Toten und Verletzten bei den Unruhen seit der Verkündung der jüngsten Waffenruhe am vergangenen Donnerstag deutlich abgenommen haben. Auf israelischer Seite steht die Zahl der Opfer bei insgesamt 28, unter ihnen 15 Juden und 13 israelische Araber.

NACHRICHTEN

Pinochet aus Spital entlassen

SANTIAGO DE CHILE: Der chilenische Ex-Diktator Augusto Pinochet ist nach neun Tagen aus dem Spital entlassen worden. Er sei wegen Lungenentzündung behandelt worden, bestätigte ein Sprecher des Militärs in der chilenischen Hauptstadt Santiago am Montag. Ausserdem seien bei dem fast 85-Jährigen eine Verschlechterung seiner Diabetes und andere gesundheitliche Probleme festgestellt worden. Pinochets Sohn Marco Antonio hatte vor einer Woche gesagt, Pinochets medizinischer Zustand sei «sehr bedenklich». Die argentinische Regierung beantragte unterdessen offiziell die Auslieferung des Ex-Diktators bei den chilenischen Behörden. Dies bestätigte die chilenische Aussenministerin Soledad Alvear. Der Auslieferungsantrag sei an den Obersten Gerichtshof weitergeleitet worden, sagte sie.

EU vor Klimaschutzberatung



BRÜSSEL: Die EU-Umweltminister treffen sich heute Dienstag in Brüssel, um über Wege zur Reduzierung der Treibhausgase zu beraten. Sie bereiten sich damit auf die sechste UN-Klimakonferenz vor, die vom 13. bis 24. November in Den Haag stattfindet. Dort wird über die Umsetzung der Klima-Verpflichtung von Kyoto 1997 beraten, die eine weltweite Reduzierung der Treibhausgase um 5,2 Prozent bis 2012 - gemessen an den Werten von 1990 - vorsieht. Die EU hat sich verpflichtet, ihren Ausstoss an Kohlendioxid und fünf weiteren Gasen um acht Prozent zu verringern. Bei den Beratungen in Brüssel und Den Haag geht es unter anderem darum, inwieweit Länder, die ihre Vorgaben übererfüllen, ihre Emissionsrechte an andere Länder verkaufen dürfen, die ihre Klimaziele nicht erreichen. Während die EU darauf dringt, dass jedes Land seine Vorgaben zur Hälfte zu Hause erfüllen muss, wollen die USA, Japan, Australien und andere Industrieländer grundsätzlich freistellen, wie und wo sich ein Staat für den Klimaschutz engagiert.

SVP verdrängen

SP-Fraktion hält an ihrer Strategie fest

BERN: Die SP hält an ihrer Strategie fest, die SVP aus dem Bundesrat zu werfen. Das ist das Fazit einer informellen Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands am Montagabend. Machen FDP und CVP nicht mit, schliesst die SP eine eigene Kandidatur nicht aus.

Neben dem Vorstand hätten noch weitere Fraktionsmitglieder an der Sitzung teilgenommen, sagte SP-Sprecherin Ursula Dubois auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Die Diskussion sei kontrovers geführt worden, doch das Ziel der SP sei klar: Der Bundesrat müsse so zusammengesetzt sein, dass er auch soziale Anliegen und eine Öffnung der Schweiz vertrete. Die SP wolle einen Bundesrat, der die Zukunft der Schweiz in die Hände nehme und sich für die Bedürfnisse ei-

ner breiten Bevölkerung einsetze. «Wir wollen einen Bundesrat, der nicht auf eine rein rechtsbürgerliche Art funktioniert», sagte Dubois. Das sei mit der Strategie «SVP raus» angekündigt worden. Ob die Strategie erfolgreich sei, hänge von den Bürgerlichen ab. Sollten diese aber nicht mitziehen, sei auch eine SP-Kandidatur für die Nachfolge von Adolf Ogi denkbar. FDP und CVP sind nicht auf das SP-Angebot eingestiegen, eigene Kandidaten für die Nachfolge Ogis zu stellen.

Offenbar gibt es auch innerhalb der SP kritische Stimmen zum Vorgehen der Fraktionspitze: In der Tagesschau von SF DRS bezeichnete der Berner Nationalrat Peter Vollmer das Vorgehen als «unüberlegt». Es zeuge nicht «von sehr grosser politischer Reife», jetzt Königsmacher sein zu wollen.

Unstimmigkeiten wegen Temelin

Prag droht mit Absage des Treffens von Zeman und Schüssel

PRAG: Die tschechische Regierung hat Österreich gestern erneut mit der Absage des Treffens zwischen Ministerpräsident Milos Zeman und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel für den Fall gedroht, dass die Grenzblockaden österreichischer Atomkraftgegner nicht aufgehoben würden.

Der tschechische Regierungssprecher Libor Roucek sagte am Montag in Prag, das für Ende des Monats geplante Treffen sei ernstlich in Gefahr. «Wir verlangen, dass alle Grenzübergänge frei gemacht werden, um das Treffen zu ermöglichen.»

Grenzblockade

Aus Protest gegen die Inbetriebnahme des umstrittenen Atomkraftwerks im südböhmischen Temelin haben Atomkraftgegner seit vergangenen Donnerstag drei grössere Grenzübergänge zwischen Niederösterreich und der Tschechischen Republik blockiert. Die Blockaden wurden seitdem ausgeweitet, und am Sonntag waren sämtliche 15 Übergänge in Niederösterreich blockiert.

Am Montag wurden alle Übergänge bis auf drei wieder geöffnet. Diese sollen nach Angaben der Blockierer noch bis Donnerstag geschlossen bleiben. Am Donnerstag hatten sich Zeman und Schüssel zur Erörterung der Frage getroffen,



Ein kleines Mädchen beobachtet die Grenzblockaden zwischen Österreich und Tschechien von einem Fenster aus. (Bild: Key.)

jedoch keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Sie einigten sich lediglich auf eine Sicherheitsüberprüfung des Re-

aktors durch eine EU-Expertenkommission, Zeman weigerte sich aber, das Kraftwerk solange abzuschalten.

Stiftung einrichten

100 Journalisten ermordet

BERLIN: Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Freimut Duve, hat eine neu einzurichtende Stiftung für die Versorgung journalistischer Opfer von Gewalt gefordert.

Auf diese Weise könne den Hinterbliebenen von getöteten

Journalisten geholfen werden, die während der beruflichen Tätigkeit nicht ausreichend versichert seien. An der Veranstaltung in Berlin nahmen Medienfachleute sowie Vertreter der OSZE-Teilnehmerstaaten, der Vereinten Nationen und des Europarats teil.